

RUNDBRIEF

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Ronnenberg

Ausgabe 3/2006



Grüne Ronnenberg mit bestem Ergebnis bei Kommunalwahl

Die Grünen in Ronnenberg haben bei der letzten Kommunalwahl eines ihrer besten Ergebnisse erzielt. Trotz sehr niedriger Wahlbeteiligung konnten die Grünen an das gute Ergebnis bei der letzten Kommunalwahl 2001 nicht nur anknüpfen, sondern auch erhebliche Zugewinne verzeichnen und das bei so niedriger Wahlbeteiligung. Die Grünen sind nun wieder mit 4 Sitzen im Ronnenberger Rat vertreten. Klasse!

Unsere neue GRÜNE Ratsfraktion:



Dieter Albrecht



Lisa Maack



Ruth Wenzel



Andreas Beichler

Im **Wahlbereich I** konnten die Grünen einen Stimmenanteil von 1569 Stimmen erzielen – das entspricht 11,95% der abgegebenen gültigen Stimmen. (Wahlbeteiligung 53,37%). Im Jahre 2001 waren es 280 Stimmen weniger.

Herausragend ist das Abschneiden von Kerstin Ossevorth bei den Ortsratswahlen in Ihme-Roloven. Sie schaffte auf Anhieb den Einzug in den Ortsrat. Hier erreichten die Grünen 179 Stimmen (12,38%) und sind damit erstmals im »Ortsparlament« mit 1 Sitz vertreten.

Im **Wahlbereich II** konnten ebenfalls absolute Stimmengewinne eingefahren werden: 1718 Stimmen – das entspricht 12,68% der abgegebenen gültigen Stimmen. (Wahlbeteiligung 46,69%). Im Jahre 2001 waren es 65 Stimmen weniger (1653 Stimmen).

In Benthe erreichten die Grünen bei den Ortsratswahlen 22,70% der abgegebenen gültigen Stimmen und sind mit Ruth Wenzel und Michael Kühn wieder mit 2 Sitzen im Ortsrat vertreten. Damit ist erstmals die absolute Mehrheit der CDU, die 2 Sitze einbüßte, gebrochen worden und das trotz der Ortsratsverkleinerung.

Zweifellos ist dieses Ergebnis auch ein Anerkennen einer guten grünen Kommunalpolitik der letzten 5 Jahre und gleichzeitig der Auftrag die Geschicke dieser Stadt aktiv mitzugestalten. Dieser Wahlkampf hat uns gezeigt, dass »Materialschlachten«, wie es die FDP, CDU und auch die SPD betrieben haben nicht zum gewünschten Erfolg führen.

Grünes Handeln muss immer dicht an den Einwohnerinnen und Einwohnern sein, und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten.

Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung

Termin: Mittwoch, den 11. 10. 2006 um 20:00 Uhr,
Ort: Ihme-Roloven, Fachwerkscheune, Hannoversche Straße, hinter dem heutigen Dorfgemeinschaftshaus.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Besprechung der Tagesordnung
2. Vorstellung der neuen Fraktion
3. Information über den bisherigen Gesprächsverlauf mit der SPD und Aussprache über das weitere Vorgehen beim nächsten Gespräch am 13. Oktober 2006/Diskussion über unsere inhaltlichen Schwerpunkte
4. Vorstandsnachwahlen (zwei Vorstandsmitglieder scheidern wegen Ratsmandat aus)
5. Verschiedenes

Wir wollen in Ihme-Roloven tagen, um Kerstin Ossevorths grandiosen Einzug in den Ortsrat zu würdigen und natürlich auch – wenn möglich – zu begießen!
Also auf nach Ihme-Roloven!
Bis dahin herzliche Grüße vom Vorstand!



Immer nur Mais? Biogas in Ronnenberg

Das GRÜNE Energie-Einspeisegesetz EEG fördert die Erzeugung von Biogas durch nachwachsende Rohstoffe (NAWARO). Die Verbrennung des Biogases ist CO₂ neutral und somit ein Beitrag zum Klimaschutz. Außerdem verringert es die Abhängigkeit von importierten fossilen und atomaren Energieträgern.

Im Stadtgebiet und am Rande von Ronnenberg sollen nun zwei Biogasanlagen gebaut werden. Dieses ist zu begrüßen, wenn die entstehende Wärme bei der Stromproduktion mit oder wenn das entstehende Gas durch Einleitung ins Gasnetz direkt genutzt wird.

Der hohe Wirkungsgrad bei der Nutzung von Energiepflanzen verringert sich, wenn die Wärme bei der Stromerzeugung ungenutzt abgeleitet wird. Dieses würde bedeuten, dass man mehr wertvolle Flächen für den gleichen Energieertrag benötigt.

Um Belästigungen für die Bevölkerung zu vermeiden müssen die Politiker in Ronnenberg und Gehrden darauf drängen, dass die Anlagen geruchs- und geräuschoptimiert betrieben werden. U.a. durch eine konsequente Silagenabdeckung auch bei der Befüllung der Anlage und durch ei-

nen Schallschutzcontainer für das BHKW (Motor zur Stromerzeugung) lassen sich negative Auswirkungen durch Gerüche und Lärm für die Bevölkerung vermeiden.

Genauso wichtig ist, dass die Landwirte nicht nur im eigenen wirtschaftlichen Interesse geschultes Personal für die Betreuung der Anlagen bereithalten. Wenn aus der Anlage z.B. Methan entweicht, so wird der CO₂ Einspareffekt konterkariert, da Methan wesentlich klimaschädlicher als CO₂ ist.

Zur Zeit werden 80% der Energiepflanzenanbauflächen mit Mais bestellt. Bei Ausschöpfung der geschätzten Potenziale für den Anbau von Energiepflanzen würde dann auf mehr als 1/3 der Ackerflächen Mais angebaut. Dieses muss nicht sein! Die Universität Kassel hat das Zweikulturnutzungssystem entwickelt, welches bereits von Landwirten in Niedersachsen praktiziert wird.

Dieses System zeichnet sich durch den kombinierten Anbau einer Winter- und einer Sommerkultur im Laufe eines Jahres aus. Die erste Ernte erfolgt vor der Vollreife Ende Mai.

Als Erstkulturen eignen sich u.a. Weizen, Roggen, Winterhafer, Raps oder Win-

tererbsen, als Zweitkultur u. a. Mais, Sonnenblumen, Zuckerhirse, Sudangras oder Hanf.

Vorteile sind eine reduzierte Bodenbearbeitung zur Zweitkultur und die Tolerierung von Wildpflanzen, wodurch auf chemischen Pflanzenschutz verzichtet werden kann. Die Arten- und Sortenvielfalt wird erhöht. Der Düngeraufwand wird durch einen Nährstoffkreislauf verringert, es ergeben sich keine Nitratauswaschungen und die Bodenerosion wird vermieden. Großflächige Maismonokulturen müssen also nicht sein.

Wir hoffen, dass die Landwirte und Politiker sich für den ökologischen und für das Landschaftsbild besseren Zweikulturpflanzenanbau wie beschrieben einsetzen werden.

Zudem sollte eine energieeffiziente Anlage mit einem hohen Wirkungsgrad Vorrang haben und der Geruchs- und Lärmschutz gewährleistet sein.

Jens Williges,
www.gruene-ronnenberg.de

Termine und Adressen

- › Die übernächste **Ortsversammlung** wird am 16. November 2006 in Empelde vorraussichtlich »Op de Deel« wie immer um 20:00 Uhr stattfinden.
- › Der »**Arbeitskreis Benthe**« tagt am 6. November 2006 bei Fellersmann. Info über Ulrich Schmiersow, Tel.: 05108 2410
- › Die nächste **Vorstandssitzung** findet am 31. 10. 2006 um 20:00 Uhr bei Verena Kuhn statt.
- › Die **Mitgliederversammlung des Regionalverbandes** findet am Donnerstag den 12.10.2006, 19:30 Uhr, im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, statt.
Mehr unter: www.gruene-hannover.de
- › **Kontakt zum Grünen Ortsverband:**
Regina Lupp, Telefon 0511 433164
E-Mail: regina.lupp@htp-tel.de
Verena Kuhn, Telefon 0511 466863
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de



Stellungnahme des BUND zur geplanten Biogasanlage in Ronnenberg

Der Rat der Stadt Ronnenberg hat in seiner Sitzung am 12. Juli 2006 die Änderung des Flächennutzungsplans sowie die Aufstellung des Bebauungsplans »Biogasanlage Gehrdener Straße« beschlossen. Zu einer Voranfrage zum Bau einer 0,5 MW Biogasanlage (elektrischer Leistung) mit einer Feuerungswärmeleistung von ca. 1,326 MW bzw. zum Bau einer 0,625/0,64 MW Biogasanlage mit einer Feuerungswärmeleistung von ca. 1,57 MW nimmt der BUND wie folgt Stellung:

Oberstes Ziel einer erfolgreichen Energiepolitik ist die Intensivierung von Einsparaktivitäten in allen Bereichen der Energienutzung, um den Primärenergieverbrauch wesentlich zu verringern.

Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Nutzung regenerativer Energien erhöht werden. Unter den vielfältigen regenerativen Energiequellen stellt die energetische Nutzung von Biomasse mittelfristig eines der bedeutendsten verwert- und speicherbaren Energiepotentiale dar. Der BUND setzt sich für eine natur-, umwelt- und gesundheitsverträgliche Erschließung dieses Potentials ein. Bei der energetischen Nutzung sind die einzelnen Schritte der Prozesskette zu berücksichtigen. Sie umfasst den gesamten Zyklus vom Anbau über den Transport, die Verarbeitung und die Nutzung bis zur Reststoffver-



Blick auf das Areal der geplanten Biogasanlage mit Hecke und Schotterweg entlang der Gehrdener Straße – Blickrichtung Gehrden.

wertung. Der BUND heißt die energetische Verwertung erst dann für gut, wenn

- ◆ die ganzheitliche Energiebilanz positiv ausfällt,
- ◆ die Emissionsbilanz günstiger ist als bei den gängigen Alternativen,
- ◆ die Gewinnung der für energetische Zwecke genutzten Biomasse dem längerfristigen Ziel der flächendeckenden Umstellung auf ökologische Land- und Waldnutzung nicht zuwiderläuft,
- ◆ die Verwertung in ökologisch sinnvollen Nutzungskaskaden verläuft,
- ◆ für eine maximale Ausnutzung der enthaltenen Energie gesorgt wird
- ◆ und einer Verwertung von biogenen Reststoffen und Abfällen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird als einer auf Energieplantagen basierenden Erzeugung.

Die Erzeugung der Biomasse für die hier beantragte Biogasanlage soll in den Gemarkungen Ronnenberg, Roloven, Weetzen, Vörie, Hiddestorf, Linderte, Holtensen, Sorsum, Lemmie und Langreder erfolgen. Da die Biogasanlage am nördlichen Rand und nicht in der Mitte dieses Erzeugungsgebietes liegt, fällt die Energiebilanz bezogen auf die Transportwege negativ aus.

Der Standort der geplanten Anlage liegt in der Calenberger Börde, eines der ertragreichsten Anbaugebiete von Gemüse, Zuckerrüben und Getreide. In den Nachbargemeinden Gehrden und Wennigsen werden ebenfalls Biogasanlagen geplant bzw. gebaut. Damit fallen ganz erhebliche Flächenanteile dieser Region für einen langen Zeitraum aus der Nahrungsmittelerzeugung. Sie stehen zudem nicht mehr für die ökologische Landnutzung zur Verfügung, verknappen die erforderlichen Anbauflächen und verteuern damit die nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung.

Die Biogasanlage sollte neben der Stromerzeugung öffentliche Einrichtungen und ein Neubaugebiet in Gehrden mit der anfallenden Wärme versorgen. Im Verstromungsprozess fallen 30 % der erzeugten Energie als Abwärme an, d.h. die Biomasse von ca. 60 ha der 200 ha wird dafür benötigt. Durch die jetzt in unmittelbarer Nähe in Gehrden geplante Anlage wird die Abnahme in Gehrden eher unwahrscheinlich. Die nun beabsichtigte direkte Einspeisung des Gases ist ohne technische Bearbeitung nicht möglich. Reinigungsanlagen für die hier anfallenden Gasmenge sind noch nicht auf dem Markt. Mündlich wurde jetzt in der Sitzung des Ökologie- und Bauausschusses eine Pilot-



anlage zur Gasreinigung in Aussicht gestellt. Es muss sichergestellt werden können, dass diese zum Arbeitsbeginn der Biogasanlage voll funktionstüchtig zur Verfügung steht, da sonst mit lediglich 70 % die volle energetische Ausnutzung der Biomasse nicht möglich ist und damit die Voraussetzung für diesen Standort nicht erfüllt wird. Sollte die Gaseinspeicherung nicht umsetzbar sein, fordern wir die Änderung des Standortes.

In der Land- und Forstwirtschaft lassen sich unter ökologisch verträglichen Bedingungen erhebliche Energiepotentiale aus ohnehin anfallenden Reststoffen erschließen. Ebenso stellen, soweit es keine stoffliche Verwertungsmöglichkeiten gibt, naturbelassene Holzabfälle des holzverarbeitenden Gewerbes, feste und flüssige Abfälle der Nahrungsmittelindustrie und organische Siedlungsabfälle und Klärschlamm aus der kommunalen Abwasserreinigung, soweit sie schadstofffrei sind, eine beachtliche Energiequelle dar.

Die unter der Perspektive der energetischen Strohverwertung nicht mehr in dem Maße vorhandene Fixierung auf den Körnerertrag bietet die Chance, wieder zu ökologischen Formen des Getreideanbaus zu kommen. Es lohnt sich dann wieder robuste Getreidesorten anzubauen, die weniger vom Spritzmitteleinsatz abhängig sind, aber aufgrund ihres mäßigen Körnerertrages bei hohem Halmanteil in der Vergangenheit verdrängt worden sind.

Wie eingangs betont, räumt der BUND der energetischen Verwertung biogener Rohstoffe und Abfälle einen wesentlich höheren Stellenwert ein, als der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe für energetische Zwecke. Die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft bringt ein hohes Maß an Umweltbelastung mit sich und trägt wesentlich zur Verminderung der Artenvielfalt bei. Dies wird ein immer ernsteres Problem z.B. für den Obstbau wegen des alarmierenden Rückgangs blütenbestäubender Hummeln, Wildbienen und anderer Insekten. Flächenstilllegungen boten hier bisher Ersatzbiotope auf Zeit für die entfallenen Feldsäume und Ruderalflächen. Anstelle von subventionierten Flächenstilllegungen zur Vermeidung von Überproduktion und Nutzung dieser Flächen zum Anbau nachwachsender Rohstoffe sollte eine flächendeckende Extensivierung der Landwirtschaft im Vordergrund stehen. Der BUND sieht generell die

Zukunft der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe weniger in der problematischen Züchtung von Pflanzensorten mit hohen Masseerträgen zur energetischen Verwertung als in dem Anbau von Pflanzen (-mischungen), deren Einsatz von geringem Betriebsmitteleinsatz abhängt. Ein Beispiel ist der Anbau heimischer Pflanzenmischungen, die hervorragend an die jeweiligen Standortbedingungen angepasst sind und deren Masseerträge denen von üblichen Agrarpflanzen wenig unterlegen sind. Auch der Dünger- und Wassereinsatz würde so erheblich sinken. Die hier beabsichtigte Vergärung von Mais und Grünroggen stellt somit eine auf Energieplätzen basierende Erzeugung und damit die negativste Form des Biomasseeinsatzes dar.

Am 14.12.2005 hat das Bundessortenment in Hannover erstmalig Zulassungen für drei gentechnisch veränderte Bt-Maissorten der Linie MON 810 erteilt. Sie dürfen nun deutschlandweit ausgesät werden. Der Mais ist so verändert, dass die Pflanzen über die gesamte Anbauperiode hinweg selbst ein Gift gegen den Maisschädling Zünsler – und damit auch andere Insekten, wie z.B. Schmetterlingsarten – produzieren. Im Januar 2006 hat die EU-Kommission die Maissorten MON 863, GA 21 und 863 X 810 für die Vermarktung in Europa freigegeben. Dass sie nach kurzer Zeit starke Veränderungen im Blutbild von Versuchstieren hervorgerufen haben und im Ministerrat 14 EU-Staaten gegen die Zulassung gestimmt hatten, stört die Kommission nicht.

Auf Nachfrage im Ökologie- und Bauausschuss hat Herr Baumgarte als einer der 5 Betreiber der Anlage die Ausbringung von Gensaat nicht ausgeschlossen. Dies stünde jedoch dem Gebot der nachhaltigen ökologischen Landnutzung eindeutig entgegen.

Wir bitten aus den genannten Gründen um Optimierung und Festschreibung eines nachhaltigen Anbaukonzeptes. Dies ist z. B. ein von der Universität Kassel entwickeltes und in der Praxis erprobtes Verfahren. Als erste Kultur werden Winterhafer oder Wintererbsen, Weizen, Roggen oder Raps Ende Mai geerntet. Dies Zweitfrucht sind Mais, Sonnenblumen, Hanf, Zuckerhirse oder Hanf. Die Landwirtschaft ist

darauf angewiesen, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt und kann so ohne Einschränkungen einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Wir sind sicher, dass sich hier ein sinnvoller Weg findet. Auch die Akzeptanz der Bevölkerung lässt sich so sicher eher erreichen als mit Monokulturen.

Es liegen zwei Anträge für Anlagen verschiedener Größenordnungen vor. Bei der privilegierten Anlage eines einzigen Betreibers von 500 KW hat die Kommune wenige Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Standort, die Gestaltung und die Eingriffsregelungen. Die gleichzeitig beantragte Anlage von 625 bzw. 640 KW von fünf gleichberechtigten Betreibern muss durch eine Bauleitplanung der Kommune abgesichert werden. Die Festschreibung eines Standortes über die Beantragung einer privilegierten Anlage mit sich anschließender Bauleitplanung für eine 625/640 KW-Anlage wäre eine Verknüpfung verschiedener Genehmigungsverfahren in der Zuständigkeit verschiedener Behörden und ist u.E. damit unzulässig. Wir gehen davon aus, dass hier lediglich die Standortfrage für erledigt erklärt werden sollte.

Zur Immissionsverringerung der Anlage fordern wir die Festschreibung der beabsichtigten dauerhaften Abdeckung der Silage (Runderlass des MU vom 02.06.04 – Az.: 33-40501/208.13/1) und die Befüllung des Fermenters bzw. der Vorgrube in einer Halle sowie die Unterbringung der Gasreinigungsanlage bzw. des BHKW in einem Schallschutzcontainer.

Auch die angekündigte Ausbringung des Gärsubstrates zur Geruchsminimierung als Trockendünger sollte gem. § 35 (1) Nr.6 BauGB im städtebaulichen Vertrag festgelegt werden, soweit dies nicht bereits gemäß dem Runderlass „Genehmigungsverfahren für Biogasanlagen – Anforderungen an Einsatzstoffe und an die Verwertung von Gärsubstraten aus Biogasanlagen“ dem Betreiber gegenüber im Genehmigungsverfahren verbindlich gemacht wird.

Wir gehen davon aus, dass auch die Sicherheitsregeln für landwirtschaftliche Biogasanlagen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Kassel präzise eingehalten werden und speziell geschultes Personal die Anlage bedient und überwacht.

gez. H. Plaumann



Gleichstellung in Ronnenberg stärken

Anlässlich des 15. Geburtstages des Frauenzentrums in Ronnenberg überreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ortsverband Ronnenberg ein Geschenk, das die Gleichstellung in Ronnenberg voran bringen soll. Die Grünen Ronnenberg werden sich an einem Seminar finanziell beteiligen, das es interessierten Frauen ermöglicht, den Zugang zur (Gleichstellungs-)Politik zu finden. »Wir wünschen uns natürlich,

dass viele Frauen aus Ronnenberg dieses Angebot wahrnehmen werden, damit sie hinterher mitmischen können, wenn es um ihre, um gleichstellungsspezifische Interessen geht,« äußert die zukünftige Ratsfrau Ruth Wenzel ihre Hoffnungen.

Immerhin ist ein guter Anfang gemacht: Die Zusage, dass eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Ronnenberg weiterhin finanziert wird, ist ein wichtiger

Schritt und wird von den Grünen in Ronnenberg begrüßt. Jedoch ist es unbedingt erforderlich, dass die Gleichstellungsbeauftragte, die schon länger ihre Stelle halbiert und weitere Aufgaben übernimmt, auch das Zeitbudget einer halben Stelle für die Gleichstellungspolitik in Anspruch nehmen kann und nicht von den zusätzlichen Aufgaben überrollt wird.

Ruth Wenzel, www.gruene-ronnenberg.de

Grüne Ronnenberg fordern Umstieg auf Bio-Produkte in stadteigener Küche



Auf dem deutschen Markt überschreiten immer mehr Lebensmittel die zugelassenen Höchstmengen bei Pestizidrückständen. Besonders betroffen sind Trauben, Beeren, Pfirsiche sowie Obst und Gemüse außerhalb der Saison. Das Dramatische daran ist, dass Anfang dieses Sommers auch verbotene Substanzen gefunden wurden, die vor allem für Kinder hoch toxisch und krebserregend sein können. Bio-Produkte waren einmal mehr nicht betroffen! Das große Problem: Die Waren sind meist verzehrt, bevor Untersuchungsergebnisse vorliegen. »Die Grünen in Ronnenberg fordern daher mehr Transparenz und schnelles Handeln«, so der grüne Vorstandssprecher Andreas

Beichler. »Auf unverbindliche Zusagen von Lieferanten darf man sich nicht verlassen. Die Waren für die Stadtküche stammen vom Großhandel. Genau aus diesem Großhandel stammen auch die beanstandeten Lebensmittel,« so Andreas Beichler weiter.

Die Grünen in Ronnenberg fordern daher die Verwendung von Produkten aus gentechnikfreier- ökologischer Produktion in der Stadtküche Ronnenberg. Auf den Preis für ein Essen wird sich die Verwendung von Obst und Gemüse aus ökologischer Produktion kaum auswirken, da die Lebensmittel nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten für die Stadtküche ausmachen. Außerdem hat die Stadtküche laut Betriebsabrechnung im letzten Jahr sogar einen Überschuss erzielt.

Andreas Beichler,
www.gruene-ronnenberg.de

Bessere S-Bahn für Empelde und Ronnenberg statt neuer Straßen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich weiterhin für den Halt von S-Bahnen der Linie 5 von und nach Hameln auch in Ronnenberg und Empelde ein. Das unattraktive Umsteigen mit Wartezeiten von ca. 20 Minuten in Weetzen ist keine Alternative. Der im Mai 2002 von den Grünen hierzu gestellte Antrag wurde vom Rat in den Ökologie- und Bauausschuss verwiesen und dort angenommen.

Ulrich Schmiersow, künftiger grüner Abgeordneter der Regionsversammlung meinte: »Ich werde mich bei der Region hartnäckig für eine bessere Anbindung von Hameln an Empelde und Ronnenberg einsetzen.« Die Grünen halten es auch für denkbar, im Wechsel mit der Linie nach Haste jede zweite Bahn in den beiden Stadtteilen halten zu lassen.

Unverständnis zeigte Ulrich Schmiersow

über den Wunsch der CDU, über eine Nordumgehung mehr Verkehr nach Empelde zu lenken: »Statt mehr Autos nach Empelde zu lenken, sollte sich die CDU für eine bessere S-Bahnanbindung von Ronnenberg und Empelde einsetzen.« Die Verlängerung der Berliner Strasse zur Bahnschranke halten die Grünen zwar für wünschenswert aber derzeit nicht finanzierbar.

Ulrich Schmiersow, grüner Regionsabg.



Die braune Saat geht auf

Der NPD ist es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen, mit über 7 Prozent der Wählerstimmen in den Schweriner Landtag einzuziehen. In Thüringen hat die NPD bei der Bundestagswahl 2005 3,7 Prozent erreicht. Die rechtsextreme Tendenz der wahlberechtigten Menschen in Thüringen wurde dieses Jahr von der jährlichen Studie zu den politischen Einstellungen in Thüringen, der Monitor, auf 22 Prozent geschätzt.

Kameradschaften zusammen. Nicht immer ist es leicht, diese als solche zu erkennen. Was relativ harmlos mit dem gemeinsamen Biertrinken beginnt, entwickelt sich über den Austausch von Frust, Aggression und unerfüllten Wünschen hin zu einem rechtsextremen Weltbild.

Gezielt setzen Mitglieder der NPD bei diesen Menschen an. Es werden Springerstiefel gekauft, gemeinsam rechtsextreme Musik gehört, bis dann die ersten

Kreistag Helmstedt	3,3%	1 Sitz	<i>Adolf Preuß</i>
Stadtrat Helmstedt	4,6%	2 Sitze	<i>Friedrich Preuß, Elke Raabe</i>
Ortsrat HE-Emmerstedt	10,8%	1 Sitz	<i>Friedrich Preuß</i>
Samtgemeinderat Nord-Elm	6,1%	1 Sitz	<i>Adolf Preuß</i>
Gemeinderat Süpplingen	10,9%	1 Sitz	<i>Adolf Preuß</i>
Kreistag Wolfenbüttel	1,7%	1 Sitz	<i>Thomas Kupferschmidt</i>
Stadtrat Vienenburg	2,8%	1 Sitz	<i>Steffen Dittrich</i>
Stadtrat Bad Lauterberg	3,7%	1 Sitz	<i>Michael Hahn</i>
Kreistag Stade	1,7%	1 Sitz	<i>Adolf Dammann</i>
Samtgemeinderat Harsefeld	2,4%	1 Sitz	<i>Peter Brinkmann</i>
Flecken Harsefeld	2,0%	1 Sitz	<i>Heinrich Thomfohrde</i>
Kreistag Rotenburg	1,4%	1 Sitz	<i>Marc Reuter</i>
Stadtrat Bremervörde	2,0%	1 Sitz	<i>Marc Reuter</i>
Kreistag Verden	2,8%	1 Sitz	<i>Dr. Rigolf Hennig</i>
Stadtrat Verden	3,9%	1 Sitz	<i>Dr. Rigolf Hennig</i>
Gemeinderat Dörverden	4,4%	1 Sitz	<i>Daniel Fürstenberg</i>
Stadtrat Wilhelmshaven	2,4%	1 Sitz	<i>Peter Müller</i>

18 NPD Parlamentssitze bei der Kommunalwahl am 10. September 2006 in Niedersachsen

Bei der Kommunalwahl in Niedersachsen am 10. September 2006 gelang es der NPD 18 Parlamentssitze zu ergattern, darunter der zur Zeit inhaftierte Holocaust-Leugner Rigolf Hennig.

NPD lockt Jugendliche mit Kameradschaften

Die NPD mobilisiert immer mehr Menschen. Kameradschaften sprießen aus dem braunen Nährboden. Neue Mitglieder werden durch das Vortäuschen einer funktionierenden Gemeinschaft, die füreinander einsteht, geworben und wer glaubt dieses passiere doch nicht hier, bei „Uns“ im Dorf der irrt sich gewaltig.

Gerade auf den Dörfern schließen sich immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene, meist männlich, zu solchen

Aufforderungen der Kameraden kommen, unwillkommene zu beleidigen, verjagen, ja sogar ihnen Gewalt zuzufügen. Um vor den Kameraden nicht als Feigling dazustehen, gehen die meisten Jugendlichen auf diese Forderungen ein. So steigt das rechtsextreme Potential und die Übergriffe auf ausländische Mitbürger ständig an, Einschüchterungsversuche sind dabei leider noch das Harmloseste.

Anstieg der rechtsextremen Straftaten

Für den Monat Juli 2006 wurden bundesweit 1048 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 50 Gewalttaten.

Zwar fördert das Bundesfamilienministerium weiter jährlich mit 19 Millionen Euro die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, krepelt jedoch die bestehende Struktur um und löst die bisherige Anlaufsstelle für Projekte gegen Rechts auf. Betroffen davon sind



u. a. Projekte wie »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« oder die »Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt«.

Wo ist da noch eine Relation zu sehen? Es fehlt bundesweit an Aufklärungsarbeit, antifaschistische Organisationen werden generell als »Steine-Schmeißer« betitelt und wirklich etwas von der Bedrohung durch die NPD und das rechtsextreme Gedankengut bekommen die meisten, wenn überhaupt, nur durch so erschreckende öffentliche Wahlergebnisse wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Eine traurige Bilanz wenn man sich noch einmal die Anzahl der rechtsextremistischen Straftaten in nur einem Monat (1048!) und die Ängste in unserer Gesellschaft vor Augen führt.

Wie kann es da sein, dass so wichtige Projekte gestrichen und nicht mehr öffentliche Aufklärungsarbeit geleistet wird?

Wie kann man sich und seine Familie schützen? An wen können sich Betroffene und Interessierte wenden, um sich zu informieren? All diese Fragen sollte man sich nicht stellen müssen, doch dass gerade diese Fragen gestellt werden, zeigt den enormen Bedarf an Arbeit auf diesem Gebiet.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit gegen Rechtsextremismus, viele engagierte Menschen die freiwillig auf diesem Gebiet arbeiten sind auf genau Ihre Hilfe angewiesen!

<http://www.gruene-jugend.de>

<http://www.idgr.de/>

<http://www.entimon.de>

<http://www.jugendstiftung-civitas.org/>

<http://www.unityindiversity.org/>

<http://www.mbr-berlin.de/>

<http://www.opferperspektive.de/>

<http://www.netzgegenrechts.de/>

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/>

Lisa Maack